

Editorial

„AIDS und Politik“

Die HIV/AIDS-Pandemie hat längst eine weltweite politische Bedeutung erlangt. Die Infektionsraten und ihre Steigerung nicht nur in weiten Regionen Afrikas südlich der Sahara, sondern auch in Osteuropa und Teilen Asiens haben zu demographischen und sozialen Katastrophen geführt oder machen solche Katastrophen absehbar. Die Auswirkungen dieser Katastrophen reichen vom Ausfall aktiver, häufig hoch qualifizierter Arbeitskräfte bis zu den schweren Traumatisierungen der Überlebenden der Krise, die mit der Vernichtung ganzer Familien fertig werden, als Waisen ohne verwandtschaftlich begründete Reziprozitätsnetzwerke aufwachsen oder in sehr jungen Jahren für noch jüngere Geschwister Verantwortung übernehmen müssen. Unter sozial und materiell gesicherten Lebensverhältnissen jedoch und bei Verfügbarkeit antiretroviraler Medikamente kann heute die Lebenserwartung Infizierter deutlich verlängert werden.

Die regionalen Schwerpunkte der Pandemie liegen in Teilen der Welt, die gleichzeitig von massiven gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüchen betroffen sind. Dies verschärft nicht nur die Folgen der Krankheit, sondern macht HIV/AIDS zugleich zum Anknüpfungspunkt mehrfach überlagerter Diskurse, die den politischen Umgang mit der Krankheit und ihre Bekämpfung bestimmen. Es lassen sich eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Diskursstränge vor dem komplexen Hintergrund von Lebenspraxen, Herrschaftsverhältnissen und handfesten materiellen Interessen identifizieren. Nicht zuletzt die Schwierigkeiten, gesicherte Prävalenzdaten zu erheben, und die damit verbundene Unzuverlässigkeit der Statistiken über die Ansteckungsraten in einzelnen Ländern bieten diesen politischen und häufig auch offen ideologischen Auseinandersetzungen geeignete Folien.

Bewusst oder unbewusst verschiebt sich zum einen die entwicklungs- und gesundheitspolitische Debatte. Ausbreitung und Auswirkungen von HIV/AIDS erscheinen als wesentliche Ursache für wirtschaftliche Fehlschläge und gesellschaftliche Fehlentwicklungen, externe und andere interne Faktoren treten dagegen in den Hintergrund. Die daraus folgende Verschiebung von finanziellen Mitteln, Kapazitäten und politischen Anstrengungen auf den Kampf gegen HIV/AIDS kann allzu leicht nicht nur auf Kosten einer umfassenden, präventiven und armutsorientierten Gesundheitspolitik gehen. Auch wirtschaftliche und politische Pro-

blemlösungen werden zumindest teilweise ersetzt durch den Einsatz gegen die Pandemie, wie der hohe Stellenwert zeigt, den sie in der Afrikapolitik der Bush-Regierung erhält. Das ist wegen der mit ihr verbundenen Ängste nicht nur öffentlichkeitswirksam. Es signalisiert zugleich Engagement, ohne die wirklichen Ursachen sowohl im nationalen als auch im weltwirtschaftlichen Rahmen, die eine Entwicklung in den ärmeren Ländern behindern, angehen zu müssen. Dass ein derartiger Ansatz, Entwicklungsprobleme, etwa in Afrika, auf AIDS zu reduzieren, wiederum Abwehrreaktionen hervorrufen kann, die für die AIDS-Bekämpfung dysfunktional sind, zeigt unter anderem die Debatte in Südafrika.

Gleich zu Beginn der öffentlichen Auseinandersetzung über HIV/AIDS stand der Streit um den angeblich afrikanischen Ursprung der Krankheit im Mittelpunkt, der sogleich vor dem Hintergrund rassistischer Diskriminierung und kolonialer Vorurteile ausgetragen wurde. Mit rassistischen Argumentationsmustern verschränkt findet sich ein breiter moralischer Diskurs über richtige und falsche Sexualpraktiken, der weit über die ursprüngliche Fixierung der Diskussion auf die besondere Gefährdung von Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in der Anfangsphase hinausgeht. So geht es vor allem im Kontext der schnellen Ausbreitung der Krankheit in afrikanischen Ländern auch um eng mit Lebensverhältnissen, Familienformen und wirtschaftlichen Zusammenhängen verbundene Sexualpraktiken. Erst allmählich finden in diesem Zusammenhang die Fragen nach den Geschlechterverhältnissen und den Handlungsoptionen von Frauen im Kontext gegebener Familienstrukturen Eingang in den Diskurs. Die mittlerweile verfügbaren, aber von den Pharmaunternehmen monopolisierten Medikamente verdeutlichen auch den Zusammenhang zwischen Armut und AIDS, der sich zum einen in den Schwierigkeiten des Zugangs zu Medikamenten, zum anderen auch in Lebensumständen äußert, die generell dem Ausbruch der typischen Folgeerkrankungen einer HIV/AIDS-Infektion Vorschub leisten.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit HIV/AIDS mit mannigfachen Formen der Verweigerung einer so dringend notwendigen, offenen Thematisierung und selbst einer Verdrängung oder ausdrücklichen Leugnung des Problems einhergeht. In den lediglich zwei Jahrzehnten, in denen sich Politik und Gesellschaft mit diesem Problem konfrontiert gesehen haben, hat dies unterschiedliche Formen angenommen – erinnert sei nur an die noch nicht so sehr lange zurück liegenden Versuche westdeutscher Politiker, die Krankheit als Folge oder gar als göttliche Strafe für als pervers gebrandmarktes Sexualverhalten zu definieren und die Erkrankten einer strikten, isolierenden und diskriminierenden Kontrolle zu unterwerfen. Es ist sinnvoll, sich an solche weitgehend vergessenen Bestrebungen zu erinnern, auch um zu verdeutlichen, dass ein rationaler und vor allem humaner Umgang mit diesem schwerwiegenden gesellschaftlichen Problem unter wohl allen ge-

sellschaftlichen und kulturellen Bedingungen nur vor dem Hintergrund intensiver öffentlicher Debatten und auch gesellschaftlicher Mobilisierung zur aktiven Auseinandersetzung mit herrschaftsvermittelten Vorurteilen zu erreichen ist.

Dazu reicht es nicht – wie die Erfahrungen mit AIDS-Aufklärungskampagnen weltweit zeigen – einfach einen selbstbestimmten, rationalen Umgang mit Sexualität und den Gebrauch von Kondomen zu propagieren. Selbst in Regionen, wo verbal mittlerweile jedem Kind die Worte AIDS und Kondom geläufig sind, bewirkt das kognitive Wissen allein noch keine Verhaltensänderung. Vielmehr erweist sich gerade der Diskurs über Sexualität als keineswegs herrschaftsfrei, sondern stellt im Zuge von Modernisierungsprozessen und nationaler Redefinition ein immanentes Machtdispositiv dar (Foucault). Entsprechend widerständig verhalten sich die Lebenspraxen dazu. In den Beiträgen dieses Heftes spielen deshalb der Umgang der Menschen und ihre Handlungsoptionen zwischen Risikoabwägungen, patriarchalen Machtstrukturen und traditionellen oder vermeintlich traditionellen Verhaltensregeln eine zentrale Rolle (Beiträge von Colson und Christiansen in diesem Heft). Die Debatte geht dabei auch um die Bedeutung der gesellschaftlichen Zusammenhänge als Ursache und somit Ansatzpunkt für eine Bekämpfung der Krankheit.

Der Umstand, dass es – abgesehen von den USA und Europa – zunächst Afrika südlich der Sahara war, in dem sich die Ausbreitung von AIDS am schnellsten vollzog, hat dazu geführt, dass sowohl Politik als auch Forschung seit längerem bereits sich mit der Pandemie, ihren Verbreitungsformen, Folgen und Bekämpfungsmöglichkeiten gerade in dieser Region beschäftigen.

Südafrika nach der Überwindung der Apartheid bietet ein spezifisches Fallbeispiel für die Verlagerung gesellschaftlicher Diskurse angesichts einer kurzfristigen Freisetzung auch der Möglichkeiten offener Darstellung von Sex und Sexualität und der Auseinandersetzung darüber. *Deborah Posel* untersucht nicht nur die Widersprüche, die diesem Aufbruch in einer anhaltenden Krisensituation innewohnen, sondern ebenso das Spannungsverhältnis zwischen der Neubestimmung des Diskurses über Sexualität mit allen impliziten Fragen nach Verhältnissen von Geschlecht und Ethnizität und einem Projekt des *nation building*, das Anspruch auf eine Vorreiterrolle für den gesamten Kontinent erhebt.

Am Beispiel des Scheiterns erster Aufklärungskampagnen zu AIDS geht *Suzette Heald* der Frage nach, inwieweit die ethnologische Forschung zum Verständnis und zur Bewältigung der Krankheit jenseits einseitiger Stereotypisierung gegebener Praktiken beitragen kann. Sie plädiert dafür traditionelle Vorstellungen bei der Bekämpfung der Krankheit ernst zu nehmen und traditionelle Heiler einzubeziehen.

Noch weiter geht *Matthias Rompel* mit seiner These, dass eben nicht traditionelle Praktiken, sondern gerade die Zerstörung familialer Strukturen im Zuge

von Kolonisierung und Modernisierung zu heute bestehenden Lebenspraxen geführt hat, die die Ausbreitung von HIV/AIDS begünstigt haben. Dabei arbeitet er insbesondere die Entwicklung hin zu einer Feminisierung der patriarchalen Gesellschaft mit einer Prävalenz von weiblichen Haushaltsvorständen heraus. Er weist auf Grundlage seiner in Namibia durchgeführten Feldforschung nachdrücklich auf die erstaunliche Widerstandsfähigkeit und Flexibilität der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen im Umgang mit den Folgen der Krankheit hin. Dennoch sind die Grenzen der Belastbarkeit z.B. bei der Aufnahme von Waisen in verwandte Familien offensichtlich und werfen die Frage nach alternativen Institutionen auf.

Catrine Christiansen setzt sich mit der nicht nur in Uganda bestehenden Tradition der Aufnahme von Kindern in Familien von Verwandten angesichts der Zunahme von AIDS- Waisen auseinander. Sie hat die Praxis der Kinderbetreuung bei den Samia im äußersten Osten des Landes untersucht. Dabei verweist sie auf erbrechtliche und Identitätsprobleme dadurch, dass die Aufnahme überwiegend durch die mütterlichen Verwandten geschieht, obwohl die Kinder der väterlichen Familie angehören. Zugleich wendet sich die Autorin angesichts der familiären Überforderungen und der Benachteiligungen der aufgenommen Kinder gegen die verbreitete Kritik an der Unterbringung in Internaten, die sie vielmehr als ein Sprungbrett für ein chancenreiches Leben versteht.

Immer wieder wird beobachtet, dass viele Menschen, obwohl sie über AIDS gut bescheid wissen, keine angemessenen Maßnahmen ergreifen, um das Infektionsrisiko zu verringern. *Elisabeth Colson* zeigt auf dem Hintergrund ihrer jahrzehntelangen Feldforschung bei den Gwembe Tonga in Sambia, dass es gerade die „traditionellen“ und der gängigen Meinung nach jeder Veränderung abholden Zentralinstitutionen dieser Gesellschaft waren, die einerseits Risiken bargen, andererseits am schnellsten und angemessensten an die neue Bedrohungssituation angepasst wurden. Als sehr viel wandlungsresistenter erwiesen sich die „privaten“, nicht von jenen Institutionen geregelten Handlungsbereiche, in denen nach wie vor hoch riskante Praktiken dominieren.

Alle Beiträge verdeutlichen somit die komplexen Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Praxen, politischen Diskursen und der Möglichkeit, wirkungsvoll gegen die Krankheit HIV/AIDS vorzugehen. In dem Beitrag von *Lars Kohl-morgen* zur Politik von UNAIDS wird jedoch deutlich, wie sehr das internationale Handeln eher von globalen Kompromissen und ausgehandelten Strategien zwischen verschiedenen Akteuren als von den Notwendigkeiten vor Ort bestimmt ist. Vor dem Hintergrund regulationstheoretischer Überlegungen stellt er die Gründe für die Entstehung eines von den Interessen mächtiger Nationalstaaten und internationaler Organisationen (wie insbesondere der Weltbank) bestimmten *Global Health Governance* dar. Dabei spielt die AIDS-Politik vor allem im Sinne

der Armutsbekämpfung als Modus der sozialen und politischen Absicherung der – weiterhin neoliberal beeinflussten – Globalisierung eine wesentliche Rolle.

Mit dem Bericht von *Christa Wichterich* über das Weltsozialforum, das im Januar diesen Jahres in Mumbai stattgefunden hat, setzen wir unsere Reihe kurzer aktualitätsbezogener Kommentare fort. *Reinhart Kößler* geht in einem ausführlichen Rezensionenartikel auf das Problem gesellschaftlicher Naturbeziehungen ein und unterstreicht, welche zentrale Bedeutung dies auch für die Entwicklungstheorie haben sollte.

Seit September 2003 erfüllt uns die Situation unseres langjährigen Mitarbeiters und Beiratsmitglieds Du-Yul Song mit großer Sorge. Er wurde bei der Rückkehr nach nahezu 40 Jahren Exil in seinem Heimatland Südkorea unter menschenrechtlich und rechtsstaatlich unannehmbaren Bedingungen wegen vorgeblicher Spionagetätigkeit vor Gericht gestellt. Sein Schlusswort in diesem Verfahren, das wir hier dokumentieren, beleuchtet zentrale Aspekte dieses beunruhigenden Vorgangs.

Die weitere Heftplanung geht aus unserer Homepage www.zeitschrift-peripherie.de hervor. Wie immer laden wir herzlich zur Mitarbeit ein.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie die *Call for Papers* für die kommenden Hefte, ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur PERIPHERIE.